

Ziel 2



Ernährung sichern

Ziel 2

Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

- 2.1** Bis 2030 den Hunger beenden und sicherstellen, dass alle Menschen, insbesondere die Armen und Menschen in prekären Situationen, einschließlich Kleinkindern, ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln haben
- 2.2** Bis 2030 alle Formen der Mangelernährung beenden, einschließlich durch Erreichung der international vereinbarten Zielvorgaben in Bezug auf Wachstumshemmung und Auszehrung bei Kindern unter 5 Jahren bis 2025, und den Ernährungsbedürfnissen von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren Menschen Rechnung tragen
- 2.3** Bis 2030 die landwirtschaftliche Produktivität und die Einkommen von kleinen Nahrungsmittelproduzenten, insbesondere von Frauen, Angehörigen indigener Völker, landwirtschaftlichen Familienbetrieben, Weidetierhaltern und Fischern, verdoppeln, unter anderem durch den sicheren und gleichberechtigten Zugang zu Grund und Boden, anderen Produktionsressourcen und Betriebsmitteln, Wissen, Finanzdienstleistungen, Märkten sowie Möglichkeiten für Wertschöpfung und außerlandwirtschaftliche Beschäftigung
- 2.4** Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern
- 2.5** Bis 2020 die genetische Vielfalt von Saatgut, Kulturpflanzen sowie Nutz- und Haustieren und ihren wildlebenden Artverwandten bewahren, unter anderem durch gut verwaltete und diversifizierte Saatgut- und Pflanzenbanken auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene, und den Zugang zu den Vorteilen aus der Nutzung der genetischen Ressourcen und des damit verbundenen traditionellen Wissens sowie die ausgewogene und gerechte Aufteilung dieser Vorteile fördern, wie auf internationaler Ebene vereinbart

- 2.a Die Investitionen in die ländliche Infrastruktur, die Agrarforschung und landwirtschaftliche Beratungsdienste, die Technologieentwicklung sowie Genbanken für Pflanzen und Nutztiere erhöhen, unter anderem durch verstärkte internationale Zusammenarbeit, um die landwirtschaftliche Produktionskapazität in den Entwicklungsländern und insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern zu verbessern
- 2.b Handelsbeschränkungen und -verzerrungen auf den globalen Agrarmärkten korrigieren und verhindern, unter anderem durch die parallele Abschaffung aller Formen von Agrarexportsubventionen und aller Exportmaßnahmen mit gleicher Wirkung im Einklang mit dem Mandat der Doha-Entwicklungsrunde
- 2.c Maßnahmen zur Gewährleistung des reibungslosen Funktionierens der Märkte für Nahrungsmittelrohstoffe und ihre Derivate ergreifen und den raschen Zugang zu Marktinformationen, unter anderem über Nahrungsmittelreserven, erleichtern, um zur Begrenzung der extremen Schwankungen der Nahrungsmittelpreise beizutragen

Ernährungssicherheit für viele Menschen gefährdet

SDG 2 hat die Ernährungssicherheit für alle Menschen zum Ziel und formuliert zu dessen Erreichen Zielvorgaben für die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik. Aber statt sich dem Ziel „Zero Hunger“ bis 2030 zu nähern, geht der Trend ausgerechnet seit 2015, dem Jahr der Verabschiedung der SDGs, in die entgegengesetzte Richtung. Aktuelle Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gehen davon aus, dass fast 690 Millionen Menschen auf der Welt hungern.¹²¹ Das sind 8,9 Prozent der Weltbevölkerung – ein Anstieg um 10 Millionen Menschen in einem Jahr und um über 30 Millionen in fünf Jahren (vgl. Tabelle 2.1).¹²² Setzt sich dieser Trend fort, wird die Zahl der Hungernden bis 2030 auf über 840 Millionen steigen. Besonders betroffen sind Kinder. Nach aktuellen Schätzungen waren im Jahr 2019 21,3 Prozent (144,0 Millionen) aller Kinder unter 5 Jahren mangelernährt.

Betrachtet man die Gesamtzahl der von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen, so hatten 2019 sogar zwei Milliarden Menschen auf der Welt keinen regelmäßigen Zugang zu sicherer, nahrhafter und ausreichender Nahrung, mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung.¹²³ Und das war vor Ausbruch der Corona-Pandemie.

121 Vgl. FAO, IFAD, UNICEF, WFP und WHO (2020).

122 Die Berechnungsmethoden der FAO für die Erfassung des weltweiten Hungers und die Datenlage haben sich mehrfach geändert, zuletzt im Jahr 2020. Vor allem durch aktualisierte Zahlen aus China wurden die Daten bis ins Jahr 2000 rückwirkend revidiert. Eine Vergleichbarkeit mit den Statistiken früherer Jahre ist daher nicht möglich. Nichtsdestotrotz bestätigt die Revision den zuvor konstatierten Trend, dass die Zahl der weltweit von Hunger betroffenen Menschen 2019 höher ist als im Jahr 2010.

123 <http://www.fao.org/sdg-progress-report/en/#sdg-2>

Tabelle 2.1

Zahl der unterernährten Menschen weltweit 2010–2019 (in Millionen)

Region	2010	2015	2016	2017	2018	2019*	2030*
Afrika	196,1	216,9	224,9	231,7	236,8	250,3	433,2
Asien	423,8	388,8	381,7	369,7	385,3	381,1	329,2
Lateinamerika und Karibik	39,6	38,8	42,4	43,5	46,6	47,7	66,9
Ozeanien	2	2,2	2,4	2,4	2,4	2,4	3,4
Nordamerika und Europa	**	**	**	**	**	**	**
Welt	668,2	653,3	657,6	653,2	678,1	687,8	841,4

Quelle: FAO, IFAD, UNICEF, WFP und WHO (2020), S. 11.

* Prognosen, für 2030 ohne Berücksichtigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

** nicht berichtet, da die Prävalenz weniger als 2,5 Prozent beträgt

COVID-19 verschärft den Hunger

Die FAO warnte bereits im Frühjahr 2020 davor, dass die Coronakrise zu einer globalen Nahrungsmittelkrise werden könnte, wenn nicht rasch Maßnahmen ergriffen würden, um die Schwächsten zu schützen, die globalen Versorgungsketten aufrechtzuerhalten und die Auswirkungen der Pandemie auf das gesamte Ernährungssystem abzuschwächen.¹²⁴ In vielen Regionen haben der Mangel an Düngemitteln, Saatgut und Tierarzneimitteln auf der einen Seite und der Nachfragerückgang auf der anderen Seite die landwirtschaftliche Produktion erheblich beeinträchtigt. Hinzu kommen klimabedingte Ernteausfälle und Schäden, unter anderem durch die Heuschreckenplage in Ostafrika. Nach Angaben des Global Report on Food Crises 2020 befanden sich bereits Anfang des Jahres 135 Millionen Menschen in akuter Hungersnot.¹²⁵ Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) prognostizierte, dass aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie bis Ende 2020 zusätzlich 130 Millionen Menschen an die Schwelle des Verhungerns gedrängt werden könnten.¹²⁶ Der Chef des WFP warnte im April 2020 vor einer Katastrophe „biblischen Ausmaßes“, durch die eine viertel Milliarde Menschen vom akuten Hungerstod bedroht seien.¹²⁷

124 <http://www.fao.org/2019-ncov/q-and-a/impact-on-food-and-agriculture/en>

125 Food Security Information Network (2020).

126 <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/wfp-chef-warnt-vor-hungerpandemie-wegen-covid-19-vor-un-sicherheitsrat>

127 <https://www.theguardian.com/global-development/2020/apr/21/coronavirus-pandemic-will-cause-famine-of-biblical-proportions>

Und das Problem setzt sich im kommenden Jahr fort. Die FAO warnt davor, dass viele Bäuerinnen und Bauern 2020 gar nicht oder nicht genügend pflanzen konnten und dies später in diesem Jahr und im Jahr 2021 zu einem Mangel an Nahrungsmitteln führen werde.

Fehlernährung in den reicheren Ländern

Der verschärften Hungersituation in den ärmeren Ländern steht in den reicheren Ländern ein anderes Problem gegenüber: das der Fehlernährung und der Fettleibigkeit (Adipositas). In Deutschland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 22,3 Prozent der erwachsenen Bevölkerung von Adipositas betroffen (Zahlen für 2019).¹²⁸

Weltweit schätzt die FAO allein die Zahl der übergewichtigen Kinder unter fünf Jahren auf 38,3 Millionen (2019).¹²⁹ Auch bei Erwachsenen steigt der Anteil der Menschen mit Fettleibigkeit. Wenn sich der gegenwärtige Trend fortsetzt, wird ihre Zahl weltweit bis zum Jahr 2025 um 40 Prozent steigen (gegenüber 2012).¹³⁰

Um diesem Trend zu begegnen fordert die WHO unter anderem die weltweite Einführung einer Steuer auf zuckerhaltige Softdrinks.¹³¹ Etwa 40 Länder sind bisher trotz massiven Widerstands der Zuckerlobby¹³² dem Aufruf der WHO gefolgt, darunter Großbritannien und Mexiko. Deutschland ist bislang nicht dabei.¹³³

Die wachsende Zahl der Fehlernährten deutet auch darauf hin, dass es in der globalen Nahrungsmittelverteilung ein problematisches Ungleichgewicht gibt. Tatsächlich geht die FAO davon aus, dass global gesehen genügend Lebensmittel für alle verfügbar wären. Ein wesentliches Problem liegt also nicht in der zu geringen Produktion, sondern in der Qualität und der ungleichen Verteilung der Produkte. Der Welternährungsbericht 2020 stellt dazu zusammenfassend fest:

“It is unacceptable that, in a world that produces enough food to feed its entire population, more than 1.5 billion people cannot afford a diet that meets the required levels of essential nutrients and over 3 billion people cannot even afford the cheapest healthy diet.

128 Vgl. https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Jahrbuch/statistisches-jahrbuch-2019-dl.pdf?__blob=publicationFile

129 FAO, IFAD, UNICEF, WFP und WHO (2020), S. xx.

130 Ebd.

131 <https://www.who.int/en/news-room/detail/11-10-2016-who-urges-global-action-to-curtail-consumption-and-health-impacts-of-sugary-drinks>

132 Vgl. dazu z.B. <https://www.foodwatch.org/de/aktuelle-nachrichten/2020/die-maerchen-der-zuckerlobby/>

133 <https://www.obesityevidencehub.org.au/collections/prevention/countries-that-have-implemented-taxes-on-sugar-sweetened-beverages-ssbs>

People without access to healthy diets live in all regions of the world; thus, we are facing a global problem that affects us all.”¹³⁴

Wachsender globaler Flächenfußandruck Deutschlands

Eine Ursache für den Nahrungsmittelmangel ist in zahlreichen Ländern des globalen Südens die zunehmende Nutzung von Anbauflächen für den Export. Dafür ist auch Deutschland mitverantwortlich. Das Statistische Bundesamt zeigt in Untersuchungen über die Flächenbelegung von Ernährungsgütern, dass zur Deckung des deutschen Nahrungsmittelbedarfs vermehrt Flächen herangezogen werden, die außerhalb des Staatsgebiets der Bundesrepublik liegen. 2015 betrug die für den Inlandsverbrauch von Ernährungsgütern benötigte Fläche 19,1 Millionen Hektar.¹³⁵ Sie überstieg die im Inland für Ernährungszwecke belegte Fläche um 5,0 Millionen Hektar oder 27 Prozent. Gemessen am Flächenverbrauch lebt die deutsche Bevölkerung damit weiterhin „auf zu großem Fuß“ (vgl. dazu auch Abbildung 2.1 zum Flächenverbrauch Deutschlands für landwirtschaftliche Im- und Exporte).

Die Flächen im Ausland werden in erster Linie für den Anbau von Futtermitteln (z.B. Soja) verwendet und stehen damit nicht für die Deckung heimischer Bedarfe zur Verfügung. Im Jahr 2017 wurden in Deutschland 132,5 Millionen Tonnen an Futtermitteln verfüttert. Davon stammten rund 119,5 Millionen Tonnen (90,1 Prozent) aus dem Inland, 13,1 Millionen Tonnen (9,9 Prozent) aus Importen. Gegenüber dem Jahr 2010 erhöhten sich die Importe um 27,6 Prozent.¹³⁶ Besonders problematisch ist der Import wasserintensiver Futtermittel oder anderer Produkte aus Ländern, in denen Wasserknappheit herrscht.

Die vermehrte Nachfrage nach importierten Agrarrohstoffen ist auch auf den stark gestiegenen Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und von Ernährungsgütern zurückzuführen. Dazu zählen insbesondere die hohen Exporte von Fleisch, Milch und Milcherzeugnissen. Diese Exporte beanspruchen aber auch im Inland größere Flächen. Zusammen mit den Flächenzuwächsen beim Anbau von Energiepflanzen stehen dadurch innerhalb Deutschlands weniger Flächen für den Inlandsverbrauch zur Verfügung.

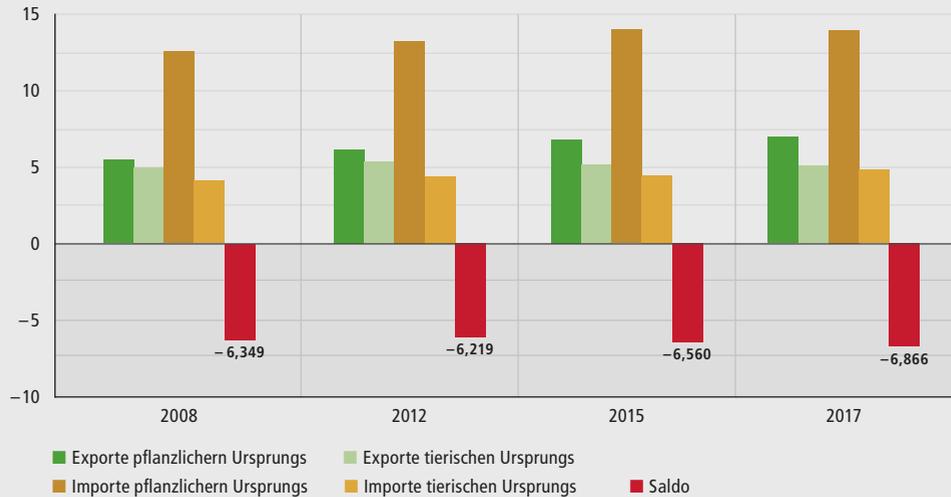
Diese „Lücke“ wird teilweise auch durch verstärkte Importe ausgeglichen. Das Statistische Bundesamt weist darauf hin, dass der Anbau von Agrarrohstoffen wie Ölsaaten und Früchten im Ausland oft mit hohen Umweltbelastungen, wie Brandrodungen oder einem hohen Pestizideinsatz, verbunden ist. Daneben führe die Exportorientierung

134 FAO, IFAD, UNICEF, WFP und WHO (2020), S. ix.

135 Statistisches Bundesamt (2019a), S. 9.

136 Statistisches Bundesamt (2019b), S. 6.

Abbildung 2.1

Flächenverbrauch Deutschlands für landwirtschaftliche Importe und Exporte
(in Millionen Hektar)

Quellen: Statistisches Bundesamt (2019a) und https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2018/01/PD18_027_85.html

der Landwirtschaft in diesen Ländern auch zu vielen sozialen Problemen, beispielsweise dem Verdrängen von bäuerlichen Kleinbetrieben.¹³⁷

Weltweite Nahrungsmittelverschwendung und -verluste

Ein weiteres Problem bei der Verwirklichung von SDG 2 ist die enorme Verschwendung von Nahrungsmitteln. Mit SDG 12.3 haben sich die Regierungen verpflichtet, bis 2030 die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene zu halbieren und die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Nahrungsmittelverluste zu verringern. Es ist zwar noch nicht möglich, das weltweite Ausmaß der im Einzelhandel und beim Konsum vergeudeten Nahrungsmittel zu ermitteln, aber die FAO schätzt allein den Anteil der Nahrungsmittel, die nach der Ernte auf dem Bauernhof und auf den Stufen Transport, Lagerung, Verarbeitung und Großhandel verloren gehen, weltweit auf 13,8 Prozent. Das entspricht einem Wert von über 400 Milliarden US-Dollar pro Jahr.¹³⁸

137 Statistisches Bundesamt (2018b), S. 6.

138 <http://www.fao.org/sdg-progress-report/en/#sdg-12>. Vgl. dazu auch die Food Loss and Waste Database der FAO (<http://www.fao.org/platform-food-loss-waste/flw-data/en/>).

Das Problem der Nahrungsmittelverschwendung betrifft auch Deutschland und die EU. Laut WWF gehen in der EU jedes Jahr geschätzte 88 Millionen Tonnen Nahrungsmittel verloren bzw. werden verschwendet – das entspricht 20 Prozent der insgesamt produzierten Nahrungsmittel bzw. 173 kg pro Person.¹³⁹

Agrarökologie als Alternative

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben einmal mehr deutlich gemacht, wie krisenanfällig das globale Ernährungssystem ist. Eine wachsende Zahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaftler*innen und Politiker*innen sieht daher in einem Zurück zur alten Normalität nach der Krise keine Lösung. Notwendig sei vielmehr eine grundsätzliche Transformation der weltweiten Agrar- und Ernährungssysteme.¹⁴⁰ Sie sehen im ganzheitlichen Konzept der Agrarökologie eine Alternative, die wissenschaftlich fundiert und in der Praxis hinlänglich erprobt ist. Es verbindet ökologische Prinzipien mit dem politischen Ansatz der Ernährungssouveränität und dem Recht auf Nahrung.

Eine wichtige Grundlage bildet der Weltagrarbericht (*International Assessment of Agricultural Science, Knowledge and Technology for Development*, IAASTD) der 2009 veröffentlicht wurde.¹⁴¹ Den menschenrechtlichen Rahmen des Konzepts der Agrarökologie bilden mehrere UN-Dokumente, die in den letzten Jahren verabschiedet wurden. Dazu gehören insbesondere die Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung von 2004 (*Voluntary Guidelines on the Right to Food*)¹⁴² und die Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden, Fischgründen und Wäldern im Rahmen der Nationalen Ernährungssicherung von 2012 (*Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests in the context of National Food Security*).¹⁴³

Zu den im Weltagrarbericht genannten Reformvorschlägen gehören:

» **Der Stopp der Erweiterung landwirtschaftlicher Produktionsflächen für den Konsum im globalen Norden.** Nach Schätzungen der Land Matrix Initiative, einer Initiative von NGOs und wissenschaftlichen Instituten, wurden seit dem Jahr 2000 mehr als 79 Millionen Hektar Land in rund 1.887 Deals mit transnationalen Investoren er-

139 WWF-WRAP (2020). Die Studie bezieht sich allerdings auf Schätzungen aus den Jahren 2013 oder früher.

140 Vgl. dazu z.B. das Positionspapier von INKOTA et al. (2019).

141 Vgl. IAASTD (2009).

142 Vgl. <http://www.fao.org/3/a-y7937e.pdf>

143 Vgl. <http://www.fao.org/3/a-i2801e.pdf>

worben, um dort überwiegend für den Export zu produzieren.¹⁴⁴ 44 Prozent der Produktionsflächen liegen in Asien, 17 Prozent in Afrika. Durch diese Form der Landnahme haben mehrere zehn Millionen Kleinproduzent*innen ihren Lebensunterhalt verloren. Armut und Hunger wurden dadurch noch verschärft.

- » **Den Schwerpunkt auf Kleinproduzent/innen und ökologischen Landbau setzen.** Großflächige industrielle Landwirtschaft und die Veränderung der Landnutzung, zum Beispiel durch Entwaldung, sind für rund 30 Prozent der globalen klimawirksamen Emissionen verantwortlich.¹⁴⁵ Beides reduziert die biologische Vielfalt und trägt stark zur Verschlechterung der Bodenqualität bei. Methoden der ökologischen Landwirtschaft können demgegenüber langfristige Produktivität gewährleisten, die Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen stärken sowie Böden und biologische Vielfalt schützen. Solche Methoden haben das Potenzial, mehr Nahrungsmittel pro Hektar zu erzeugen als die industrielle Landwirtschaft. Eine entsprechende Umstellung macht jedoch eine deutliche Verlagerung von Investitionen erforderlich.
- » **Eine stärkere Regulierung und Reduzierung der Verwendung von Agrochemikalien,** um zu verhindern, dass Mensch und Umwelt Schaden nehmen. In der Fiskalpolitik müssen die tatsächlichen Kosten der Intensivlandwirtschaft für Umwelt und Gesundheit berücksichtigt und Anreize für die Nutzung ökologischer Alternativen geschaffen werden. Es sollten ambitionierte nationale Ziele zur Reduzierung des Verbrauchs von mineralischen Düngemitteln und Pestiziden festgelegt werden.

Die Bundesregierung hat in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel formuliert, den Anteil des ökologischen Landbaus bis 2030 auf 20 Prozent zu steigern. 2018 waren es gerade einmal 7,3 Prozent.¹⁴⁶ Das Statistische Bundesamt stellt dazu fest, dass in den letzten Jahren die Fläche unter ökologischer Bewirtschaftung zwar angewachsen sei, die jährliche prozentuale Zunahme aber nachgelassen habe bzw. sogar stagniere. Bei gleichbleibender Entwicklung würde das Ziel bis 2030 nicht erreicht.¹⁴⁷

Es fehlen in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie darüber hinaus weiterhin Ziele und Indikatoren, die die globale Verantwortung Deutschlands im Bereich Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft abbilden. Ein Beispiel dafür wäre der Flächenverbrauch Deutschlands für landwirtschaftliche Importe aus Ländern des globalen Südens.

144 Vgl. www.landmatrix.org (Stand Oktober 2020).

145 Vgl. IAASTD (2008), S. 3.

146 Vgl. Bundesregierung (2020b), S. 93.

147 Vgl. Statistisches Bundesamt (2018a), S. 15.